

Stand: 07.05.2026 05:41:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/21540

"Befristungsunwesen für Lehrkräfte beenden - Kontinuität für Schülerinnen und Schüler sicherstellen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/21540 vom 09.04.2018
2. Beschluss des Plenums 17/21643 vom 10.04.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 10.04.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Befristungsunwesen für Lehrkräfte beenden – Kontinuität für Schülerinnen und Schüler sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die große Zahl an befristeten Beschäftigungsverhältnissen von Lehrkräften schnellstmöglich abzubauen und damit nicht nur prekären Lebensverhältnissen aufseiten der angestellten Lehrkräfte vorzubeugen, sondern auch die für den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern notwendige Kontinuität der Lehr- und Bezugspersonen in der Schule sicherzustellen.

Begründung:

Eines der gravierendsten Probleme des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus ist die Personalpolitik: Vielfach kam es in jüngster Zeit zu Engpässen in der Unterrichtsversorgung. Während beispielsweise die Wartelisten für angehende Lehrkräfte noch vor einigen Jahren im Bereich der Grund- und Mittelschulen überfüllt waren und viele hochqualifizierte Absolventen keine Stelle erhielten, sind die Wartelisten nun vollkommen leergefegt. Es kommt und kam in der vergangenen Zeit immer wieder zu extremem Lehrermangel an diesen Schularten.

Es ist nachvollziehbar, wenn die Staatsregierung den teils auch unvorhersehbaren Anstieg des Personalbedarfs, beispielsweise durch die Flüchtlingsbeschulung, durch befristete Anstellungsverhältnisse zu kompensieren versucht. Grundsätzlich muss es jedoch vermieden werden, dass es zu einem stetigen Anstieg von befristeten Stellen im Lehrbereich kommt. Das gilt insbesondere, wenn dieser Anstieg auf langfristige und wiederkehrende Planungsmängel und eine grund-

sätzlich zu knappe Personalbemessung vonseiten des Staatsministeriums zurückzuführen ist.

So stieg die Zahl der befristet Beschäftigten beispielsweise zwischen 2012 und 2016 an Grund- und Mittelschulen um knapp 50 Prozent, an Realschulen sogar um etwa 69 Prozent. Angesichts einer solchen Größenordnung lässt sich weniger ein kurzfristiger und unvorhersehbarer Anstieg des Personalbedarfs vermuten, vielmehr muss der Staatsregierung hier beinahe System unterstellt werden, auf Kosten von Lehrkräften, aber auch Schülerinnen und Schülern an absolut falscher Stelle eine Sparpolitik zu betreiben, die langfristig Konsequenzen für unsere gesamte Gesellschaft hat.

Der Lehrberuf gehört zu den wichtigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben, die es im Staatsdienst gibt. Lehrkräfte haben zentrale Bildungs- und Erziehungsaufgaben und tragen damit zur Stabilität unserer Gesellschaft und zur Gestaltung unserer Zukunft bei. Dabei spielt insbesondere die Beziehungsqualität zwischen allen am Unterricht und Schulgeschehen beteiligten Personen eine wesentliche Rolle, wenn es um ein positives Arbeits- und Schulklima sowie den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern geht. Nicht gelingende Beziehungsgestaltung kann dagegen die Unterrichtsarbeit und damit den Wissenstransfer und die Persönlichkeitsbildung gravierend beeinträchtigen. Um jedoch eine vertrauensvolle Basis und damit eine lernförderliche Beziehung zwischen Lehrkräften und Schülerinnen bzw. Schülern herstellen zu können, ist dringend die Kontinuität des Lehrpersonals notwendig. Dies gelingt aber nicht, wenn die Fluktuation des Lehrpersonals an Schulen durch eine Vielzahl an teils nur kurz befristeten Lehrkräften stetig steigt.

Gleichzeitig schaden prekäre Anstellungsverhältnisse und die damit verbundenen Sorgen um die eigene Stelle sowohl der Arbeitszufriedenheit als auch der Qualität des Schul- und Unterrichtsklimas. Denn ständige Stressfaktoren und die Sorgen, wie man in den Sommerferien ohne Gehalt für seinen Lebensunterhalt sorgen soll oder ob man im kommenden Schuljahr wieder eine Stelle erhält, können langfristig nicht nur der Arbeitsleistung, sondern auch der Gesundheit von Lehrkräften schaden. Die Staatsregierung konterkariert mit ihrer Personalpolitik daher auch ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, wenn sie erst um Lehrkräfte wirbt, viele Junglehrkräfte dann aber nach ihrer Ausbildung auf der Straße stehen lässt oder sie in prekäre Anstellungsverhältnisse bringt.

Der Attraktivität des Lehrberufs an bayerischen Schulen kommt dies nicht zugute. Gerade dem Trend einer stetigen Zunahme des Befristungswesens bei Lehrkräften muss deshalb in jedem Fall entgegengewirkt werden. Trotz einer gewissen Flexibilität, welche für die Personalplanung an Schulen ohne Zweifel not-

wendig ist, muss das Befristungswesen, welches das Staatsministerium derzeit betreibt und das auf gravierende Planungsmängel zurückzuführen ist, daher schnellstmöglich auf ein Mindestmaß reduziert werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/21540

Befristungsunwesen für Lehrkräfte beenden – Kontinuität für Schülerinnen und Schüler sicherstellen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Tobias Reiß

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Thomas Gehring

Staatssekretärin Carolina Trautner

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.

(Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Befristungsunwesen für Lehrkräfte beenden - Kontinuität für Schülerinnen und Schüler sicherstellen! (Drs. 17/21540)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Prof. Dr. Piazolo. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt stehen wir schon wieder hier und reden heute schon zum dritten Mal über die Schule, die Lehrer und die Unterrichtsversorgung.

(Ingrid Heckner (CSU): Ja, wenn ihr einen Antrag stellt!)

– Nein, liebe Frau Kollegin, das liegt nicht nur daran, dass wir einen Antrag stellen. Bei uns ist es nicht so, dass wir uns einfach einen Antrag ausdenken, weil wir lustig sind. Vielleicht ist das bei der CSU anders.

(Lachen bei der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Doch, doch! Vom Schreibtisch her!)

– Nein, nein, nicht vom Schreibtisch her.

(Ingrid Heckner (CSU): Ja, ja!)

– Das kommt aus der Praxis. Die FREIEN WÄHLER sind in der Praxis verankert. Wir sind draußen im Lande unterwegs. Deshalb stellen wir diese Anträge. Tausende von Lehrern sprechen uns genau auf dieses Thema an. Jeder einzelne Kollege, der hier sitzt, wird von Lehrern angesprochen. Die Frage ist, warum es so viele befristete Ver-

träge gibt. Das habe nicht ich mir ausgedacht, sondern das kommt aus der Fraktion in ihrer Gänze heraus. Das Seltsame ist – –

(Manfred Ländner (CSU): Sie wissen doch, warum!)

– Lieber Herr Ländner, ich weiß, dass auch die Kollegen der CSU an den Schulen in Bayern unterwegs sind. Sie sind nicht faul. Sie bekommen auch ein Feedback. Mich wundert es nur immer, dass Sie scheinbar ganz andere Rückmeldungen als wir bekommen. Das ist das Komische. Sie sind doch auch an den Schulen unterwegs. Sie müssen dort doch auch von jüngeren Lehrern angesprochen werden, lieber Kollege Reiß, die fragen: Warum gibt es immer nur befristete Verträge? Warum werde ich im Sommer nicht bezahlt? Warum wird ein befristeter Vertrag nach dem anderen gegeben? Warum werde ich trotz meiner Qualifikation nicht eingestellt? – Diese Rückmeldungen müssen Sie doch auch wahrnehmen und hören. Dagegen werden wir – und wir sind sicherlich nicht die Einzigen – vorgehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es darf nicht weiterhin einen ständigen Anstieg der Anzahl befristeter Verträge bei Lehrern geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Warum? – Lernen hat auch mit Kontinuität zu tun. Übrigens wäre Kontinuität auch im Kultusministerium sehr wichtig. Dort herrscht sehr viel Sprunghaftigkeit. Die einzige Kontinuität ist, dass man dort immer wieder versucht nachzubessern. Die Lehrerversorgung ist auf Kante genäht. Wenn die Lehrerversorgung nicht auf Kante genäht wäre, dann bräuchten wir nicht mehr als 7.000 befristete Verträge. Jeder befristete Vertrag ist ein Armutszeugnis für die Planung im Ministerium. Das muss man so zuge-spitzt ausdrücken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist so. Da muss man gegensteuern. Warum? – Befristungen haben viele Nachteile:

Erstens. Der ständige Wechsel der Lehrer ist natürlich ein Nachteil für Schüler und Eltern.

Zweitens. Gerade jüngere Schüler bauen einen Bezug zu ganz bestimmten Lehrern auf. Lehrer sind Bezugspersonen, wie auch die Eltern. Da ist es wichtig, dass nicht ständig gewechselt wird. Auch für die oft jüngeren Lehrkräfte ist es wichtig, dass nicht ständig gewechselt wird; denn sie wollen ebenfalls ihr Leben planen. Die Bezahlung ist geringer. Hinzu kommt, dass auch die Wertschätzung geringer ist, wenn man immer wieder nur einen befristeten Vertrag bekommt. Teilweise kann bei diesen jungen Lehrern von prekären Verhältnissen gesprochen werden.

Warum? – Liebe Kollegin Heckner, Sie haben lange Zeit den für den öffentlichen Dienst zuständigen Ausschuss geleitet. Warum haben denn die Befristungen gerade in dieser Zeit von 2012 bis 2016 zugenommen – an den Grund- und Mittelschulen um 50 %, an den Realschulen um 70 % –? Übrigens ist das im gleichen Zeitraum geschehen, in dem viele ausgebildete Realschullehrer nicht eingestellt wurden. Im letzten Jahr sind 70 % der Referendare nicht übernommen worden. Gleichzeitig haben aber die Befristungen um 70 % zugenommen. Hier kann doch irgendetwas nicht stimmen.

Schauen wir uns die Zahl der arbeitslosen Lehrkräfte in Bayern während der Sommerferien an. Die Zahl hat um 500 % zugenommen. Diese Lehrkräfte sind während der Sommerferien arbeitslos, weil sie zu Beginn der Sommerferien ausgestellt werden. Zu Beginn des Schuljahres werden diese Lehrkräfte dann teilweise wieder eingestellt. Hier sage ich ganz deutlich: Gerade der Staat müsste doch mit leuchtendem Beispiel vorangehen. Ich kann Ihnen gerne die Zahlen zeigen. Wir können uns nachher gerne die entsprechenden Zahlen anschauen.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

– Wenn wir haarscharf an der Wahrheit vorbei sind, dann sind Sie häufig so weit von der Wahrheit entfernt wie die meisten Kometen, die zum Glück an der Erde vorbeifliegen.

Die Fürsorgepflicht des Staates ist es doch, dafür zu sorgen, dass mehr junge Lehrer eingestellt werden. Ich habe gelesen, der Herr Ministerpräsident will für die Zuwanderungskinder künftig einen eigenen Unterricht zu unserem Wertesystem einführen. Da muss ich schon sagen, in dieser Frage sollten der Herr Ministerpräsident und der zuständige Fachminister selbst noch einmal in die Schule gehen. Nach unserem Wertesystem hat der Staat eine Fürsorgepflicht und eine Alimentationspflicht gegenüber seinen Lehrern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb – ich hoffe sehr, wir stehen damit nicht allein –, dass diese Praxis überprüft wird, dass die Zahl der Befristungen abgebaut wird – wir werden sie nie ganz wegbekommen –, dass mehr Lehrer eingestellt werden und dass der Unterricht garantiert wird. Das sind unsere Forderungen. Die Zahl der Befristungen muss zurückgehen. Ich hoffe auf Verständnis bei allen anderen Fraktionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Reiß von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident! Herr Kollege Piazzolo hat es selbst schon gesagt: Wieder und wieder und immer wieder stellt er die gleichen Anträge zum angeblichen Befristungsunwesen bei Lehrkräften. Wir hatten einen nahezu wortgleichen Antrag vor einem halben Jahr bei uns im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Das ist schon eher ein Antragsunwesen als ein Befristungsunwesen, das Sie hier an den Tag legen.

(Beifall bei der CSU)

Damit vermitteln Sie auch einen völlig falschen Eindruck von der Realität. Ich möchte nicht in Abrede stellen, dass das Bessere immer der Feind des Guten ist. In Fragen der Einstellungen und der Befristungen müssen wir die Dinge auch sehr genau in den

Blick nehmen. Wenn Sie aber von einer großen Zahl von befristeten Beschäftigungsverhältnissen sprechen,

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Die gibt es!)

von prekären Lebensverhältnissen, die daraus entstehen, dann ist das schlicht und einfach nicht zutreffend. Das wissen Sie auch, Herr Kollege Piazolo.

Wir haben in Bayern über 114.000 Lehrer. Sie haben gerade von 7.000 gesprochen.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Ich sprach von Prozent!)

Wir haben 1,6 Millionen Schüler. 2,5 Millionen Unterrichtsstunden werden pro Woche gehalten. Daraus lässt sich das Lehrer-Schüler-Verhältnis errechnen, es liegt irgendwo bei 14 Schülern pro Lehrer. Dieses Verhältnis ist sehr stabil und hat sich in den letzten Jahren verbessert. Rund 5 % aller Lehrerinnen und Lehrer sind befristet angestellt. Andersherum gesagt: 3 % sind unbefristet als Angestellte tätig, aber der große Anteil von über 92 % aller beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer ist verbeamtet und damit per se unbefristet tätig. In vielen Bundesländern ist das anders. In Berlin und Thüringen setzt man auf Angestellte statt auf Beamte. Herr Kollege Piazolo, sehen wir uns doch einmal die Entwicklung der letzten Jahre an. Ich bin seit 2008 im Landtag. Seit 2008 haben wir insgesamt 14.700 Stellen geschaffen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Die Sie vorher alle abgeschafft haben!)

– Einen Schmarrn haben wir. Wir haben 8.200 neue Stellen, und der Rest kommt aus der demografischen Rendite.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da hat kein Mensch etwas abgeschafft. Das sind alles Planstellen. Kein Mensch ist befristet angestellt. Trotzdem unterstellen Sie dem Kultusministerium System bei der Befristung und eine falsche Sparpolitik auf Kosten der Lehrer.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Weil das auch so ist!)

Ich nenne dazu nur zwei Beispiele bei den Grund- und Mittelschulen, die Sie angesprochen haben. Im Paket dieser 14.700 Stellen haben wir damals auch 2.000 Stellen im Zuge der Flüchtlingsthematik geschaffen. Dafür sind wir bundesweit gelobt worden, beispielsweise für unsere Übergangsklassen, für die Berufsintegrationsklassen. Zusätzlich haben wir 10 Millionen Euro an Sondermitteln für die Schulen zur Verfügung gestellt, damit diese vor Ort die Möglichkeit haben, beispielsweise zusätzliche Fachkräfte für Sprachförderung oder Integrationsangebote einzustellen, und zwar befristet einzustellen. Dadurch entstehen befristete Beschäftigungsverhältnisse.

Ein zweites Beispiel: die Zweitqualifizierungsmaßnahmen. Wir haben das Problem, dass wir für die Grund- und Mittelschulen zu wenige Absolventinnen und Absolventen haben, die die Universitäten verlassen, für die anderen Schulen aber zu viele.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das könnte man viel effektiver mit der neuen Lehrerausbildung machen!)

Wir haben ein System geschaffen, die Zweitqualifizierung, die in hohem Maß akzeptiert wird. Die Zweitqualifizierung dauert zwei Jahre. In diesen zwei Jahren sind die Kolleginnen und Kollegen befristet beschäftigt. Sie alle haben aber die Aussicht, wenn sie ihre Zweitqualifizierungsmaßnahme abschließen, entweder unbefristet beschäftigt oder, wie die meisten, in das Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Das sind Befristungsgründe. Das führt aber nicht dazu, dass Lehrer über den Sommer ausgestellt werden, oder was Sie hier so alles erzählen. Es trifft auch nicht zu, dass der Freistaat das Befristungssystem missbräuchlich anwenden würde. Das alles ist begründet und findet im Rahmen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes statt.

Es gibt noch weitere Gründe für eine Befristung; darüber haben wir erst vor einem halben Jahr im Ausschuss diskutiert. Das betrifft Vertretungsfälle aus längerfristigen Erkrankungen, Mutterschutz und vor allem Elternzeit. Der Vertreter der Gymnasialabteilung des Ministeriums hat damals von 1.000 Lehrerinnen und Lehrern gesprochen, die

zum Schuljahr 2017 am Gymnasium aus der Elternzeit zurückgekommen sind. Die sitzen auf einer Planstelle, oder besser: die stehen am Lehrerpult auf einer Planstelle. Sie müssen aber in der Zeit, in der sie sich in Elternzeit befinden, vertreten werden. Da kann man nicht ohne Befristung auskommen.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Doch, doch!)

Man könnte über andere Systeme nachdenken. Wir haben beispielsweise die Mobile Reserve, jetzt haben wir die integrierte Reserve eingeführt. Das alles kann man noch ausbauen. Die Unterrichtsversorgung an sich, deren Sicherstellung doch auch Sie als oberstes Ziel ansehen, müssen wir gewährleisten. Dafür brauchen wir Gestaltungsspielräume. Dafür gibt es Mittel für die Schulen, die von den Schulen für passgenaue Lösungen vor Ort auch genutzt werden.

Lieber Herr Kollege Güll, zur Ehrlichkeit gehört auch, zu sagen, dass die Unterrichtsversorgung immer eine Herausforderung ist. Es wird sich immer die Frage stellen, wie man noch besser werden kann. Unbestritten haben wir in Bayern aber einen hohen Stand erreicht. Über 98 % des Unterrichts wird gehalten, nur 1,6 % fällt ersatzlos aus. 91,2 % des Unterrichts wird planmäßig erteilt, über 7 % in Vertretung. Das geschieht aufgrund vielfältiger Maßnahmen. Dazu zählen am Ende auch Befristungen.

Auch die Bedarfsprognose wird ständig kritisiert. Langfristige Prognosen sind aber beispielsweise von Faktoren wie Bildungsverhalten, Studierendenverhalten, persönlichen Berufsentscheidungen und vielem mehr abhängig. Wir versuchen dennoch, eine Prognose zu erstellen, die den Bedarf langfristig abbildet. Gegebenheiten wie den Flüchtlingszustrom 2015 kann aber kein Mensch in dieser Form voraussehen. Trotzdem haben wir darauf vorbildlich reagiert.

Auch wenn es aus der Sicht der betroffenen Kolleginnen und Kollegen wünschenswert wäre, befristet Beschäftigte nach einer gewissen Zeit in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bzw. Beamtenverhältnis zu übernehmen – das ist es, was Sie in Ihrem Antrag ansprechen –, so ist das rechtlich nicht möglich. Das ist auch nicht sinnvoll. Die Ein-

stellung von Lehrkräften orientiert sich an den von den Bewerbern erreichten Prüfungsergebnissen. Hier schreibt uns die Verfassung ebenso wie das Beamtenrecht zwingend vor, dass die Vergabe öffentlicher Ämter ausschließlich nach dem Leistungsprinzip erfolgt. Die Einstellung von Lehrkräften findet für alle Schularten ausschließlich nach der erzielten Gesamtprüfungsnote statt. Erst erhalten die Besten eine Planstelle, einen Supervvertrag, unbefristet. Ganzjährig befristete Verträge – auch die haben Sie angesprochen, Herr Kollege Piazolo – können nach einer gewissen Zeit nicht einfach automatisch in unbefristete Beamtenverhältnisse übergehen. Das ginge nämlich zu Lasten der Absolventen späterer Jahrgänge. Wenn die besser wären, könnten sie für diese Stellen nicht genommen werden, weil dort schon jemand wäre, der aber befristet beschäftigt war, weil er offensichtlich eine schlechtere Prüfungsnote erreicht hatte. Genau wie bei der Zweitqualifizierung ist die Befristung aber keinesfalls eine Endstation, sondern sie ist oft eine Durchlaufposition.

Wenn Sie hier von prekären Lebensverhältnissen sprechen, dann trifft das nicht zu. Sie begründen das mit den unterjährigen Verträgen. Es ist aber nicht die Regel, dass jemand in den Ferien ausgestellt wird. Alle Kolleginnen und Kollegen, die zu Beginn eines Schuljahres eingestellt werden, werden für das ganze Schuljahr eingestellt, haben einen Urlaubsanspruch und werden auch nicht über den Sommer ausgestellt. Die Ausstellung wird höchstens bei unterjährigen Verträgen vorgenommen, die bei kurzfristigen Vertretungen abgeschlossen werden. Darüber haben wir im September intensiv diskutiert.

Für die CSU-Fraktion kann ich bestätigen, dass uns das Wohl der Schülerinnen und Schüler und das Wohl der Lehrerinnen und Lehrer gleichermaßen am Herzen liegt.

Seit Jahren unternehmen wir vielfältigste Anstrengungen, um die Qualität des Unterrichts und die Beschäftigungssituation der Lehrkräfte weiter zu verbessern. Ich nenne hier nochmals das Bildungspaket und den kontinuierlichen Stellenaufbau der letzten Jahre, 14.700 an der Zahl. Wir werden diese Anstrengungen auch zukünftig fortfüh-

ren. Dafür braucht es keine weiteren, weiteren und weiteren Anträge der FREIEN WÄHLER. Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Dr. Strohmayr von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Reiß, ich kann verstehen, dass Ihnen dieser Antrag unangenehm ist. Er ist aber notwendig, um Ihnen wiederum zu zeigen, wo wir in Bayern stehen. Ich halte es für eine Schande, dass in den letzten Jahren die Zahl der befristeten Verträge für Lehrerinnen und Lehrer ausgebaut und nicht zurückgefahren wurde.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort auf eine aktuelle Anfrage von mir hat ergeben, dass im Jahr 2012 noch knapp 1.000 Lehrerinnen und Lehrer befristet beschäftigt waren; im Jahr 2016 waren es 500 mehr. An den Realschulen – um Ihnen auch diese Zahl vor Augen zu führen – hat sich die Zahl der befristeten Verträge in den letzten Jahren verdoppelt. Insgesamt haben dort 1.000 Lehrerinnen und Lehrer, hauptsächlich Lehrerinnen, befristete Verträge. Insgesamt haben in Bayern über 7.000 Lehrerinnen und Lehrer befristete Verträge.

(Manfred Ländner (CSU): Das sind 6 %!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun könnte man natürlich wie Herr Kollege Reiß sagen, dass dies nur ein geringer Anteil an der Gesamtzahl der Lehrerinnen und Lehrer in Bayern ist. Ja, aber ich möchte Ihnen antworten: Jede befristete Stelle ist eine zu viel, zumal auch Sie sich im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet haben,

(Tobias Reiß (CSU): In Bayern gibt es keinen Koalitionsvertrag!)

die Befristungen abzubauen und nicht auszuweiten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist komisch: In den letzten Wochen und Monaten haben sich bei mir viele junge Lehrerinnen und Lehrer gemeldet und mir erzählt, wie die Situation ist, in der sie sich befinden. Da kommen junge Lehrerinnen, die teilweise fünf Jahre in einem befristeten Arbeitsverhältnis stehen. Das muss man sich einmal vorstellen. Diese Leute bringen sich fünf Jahre als Lehrerinnen oder Lehrer ein. Alle sind zufrieden: Die Schulleitung ist zufrieden, die Schüler sind zufrieden, die Eltern sind zufrieden.

(Ingrid Heckner (CSU): Es kann gar nicht sein, dass jemand fünf Jahre befristet in Vollzeit tätig ist!)

– Doch, das gibt es. Liebe Frau Kollegin, wenn Sie mir das nicht glauben, werde ich die entsprechende Anfrage an Sie weiterleiten. In diesem Fall wird auch eine Petition eingereicht.

(Ingrid Heckner (CSU): Kettenverträge sind nicht möglich!)

– Daran sieht man, dass Sie sich mit dieser Sache nicht ausgiebig auseinandergesetzt haben.

(Ingrid Heckner (CSU): So ein Schmarrn!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir führen hier keine Zwiegespräche.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Liebe Kollegin, wir klären das im Nachgang. – Jedenfalls müsste diese Lehrerin nach fünf Jahren aus dem Schuldienst ausscheiden, obwohl es die Klasse, in der sie unterrichtet hat, weiterhin gibt und obwohl der Schulleiter händeringend kompetente Kolleginnen und Kollegen sucht. Das ergibt doch keinen Sinn. Das ist doch keine nachhaltige Personalpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Besonders verwerflich finde ich, dass Sie die Zahl der befristeten Stellen nicht abgebaut, sondern ausgeweitet haben. Das habe ich eingangs schon gesagt. Ich meine, wir brauchen in Bayern eine nachhaltige Personalpolitik, eine Personalpolitik, die berücksichtigt, dass Lehrer auch einmal krank sind und ausfallen, eine Personalpolitik, die berücksichtigt, dass die Anforderungen an Schulen und Lehrer in den letzten Jahren immer mehr angestiegen sind, eine Personalpolitik, die nicht auf Kante genäht ist, sondern die einen gewissen Spielraum lässt. Wir meinen, dass 110 % des Personalbedarfs die Messlatte ist, an der wir uns orientieren müssen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Frau Staatssekretärin, ich frage Sie: Wann erreichen Sie endlich diese Personaldecke? Der Minister hat angekündigt, dass sich jetzt unter ihm einiges ändern wird. Ich frage mich, wann wir endlich eine Personaldecke erreichen, die nicht auf Kante genäht ist. Wie lange müssen wir noch jedes Jahr aufs Neue feststellen, dass die Lehrerinnen schwanger werden und dass im Frühjahr Grippe ausbricht? Wie lange brauchen Sie noch, um endlich zu erkennen, dass mehr Ganztags auch mehr Lehrer bedeutet und dass Inklusion und Integration zusätzliche Aufgaben an den Schulen sind?

Ich finde es dramatisch, dass viele Lehrer das Pensionsalter nicht mehr erreichen und früher in den Ruhestand gehen müssen. Auch das hat die Antwort auf meine Anfrage ergeben. Auch das ist für mich ein Indiz dafür, dass die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen überfordert sind und dringend Unterstützung brauchen. Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer auf richtigen Stellen. Ich fordere Sie auf, hier endlich Ihre Hausaufgaben zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben immer wieder über das Thema der befristeten Stellen für Lehrer diskutiert, vor allem im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Immer wieder gab es dazu die Erklärung: Ja, das ist ein Problem. Wir wollen mehr Verträge entfristen. Angesichts der Zahl der Lehrerinnen und Lehrer, die befristete Verträge haben, muss ich sagen, es sind viel zu viele.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle pädagogischen Experten und Untersuchungen sagen uns, dass Lernen vor allem eine Frage der Beziehung ist. Kann ich zu jemandem eine Beziehung aufbauen? Bekomme ich da Halt? Wenn diese Beziehung ständig gestört wird und mehrmals im Jahr eine neue Lehrerin in eine Grundschulklasse kommt, ist dieser Beziehungsaufbau nicht möglich. Aus diesem Grund müssen wir die Befristungen von Lehrkräften unbedingt reduzieren.

Dieses Problem betrifft vor allem junge Lehrkräfte, junge Leute, die am Beginn ihrer beruflichen Laufbahn stehen. Sie befinden sich in der Familienphase und überlegen, ob sie irgendwo sesshaft werden oder eine Immobilie erwerben sollen. Diese Leute können sich nicht darauf verlassen, dass sie in den nächsten Jahren noch einen guten Job haben. Wir haben diese Situation vor allem an den Fachoberschulen und den Beruflichen Oberschulen, wo viele Leute, nachdem diese Verträge ein- bis zweimal verlängert worden sind, nicht mehr an einer anderen Schule arbeiten konnten. Deswegen müssen wir diese Stellen entfristen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ingrid Heckner (CSU): Warum hat dann Frau Kollegin Dr. Strohmayer von fünf Jahren gesprochen?)

Betroffen sind vor allem Lehrkräfte, die bei Trägern der Berufsintegrationsklassen beschäftigt sind. Unsere Nachfragen haben ergeben, dass sich das Kultusministerium dazu überhaupt nicht verhält. Das Kultusministerium sagt: Das ist Angelegenheit des Trägers. Das kann es aber nicht sein; denn das Geld, das diese Träger bekommen,

kommt auch aus dem Kultushaushalt. Diese Leute brauchen feste Anstellungen. Das sind vor allem Lehrkräfte, die über die Kompetenz Deutsch als Zweitsprache verfügen, die wir in unserem Schulsystem unbedingt brauchen. Wir müssen deswegen diesen Leuten eine feste Stelle geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schule braucht Kontinuität. Lehrkräfte müssen eingestellt werden. Wir müssen diese Stellen entfristen. Außerdem muss es möglich sein, faire Verträge abzuschließen. Solange es Verträge gibt, die im September geschlossen und Ende Juli beendet werden, bei denen dann sechs Wochen Pause herrscht und die Leute dann im September wieder eingestellt werden, muss man sagen: Solche Verträge sind eines Freistaates Bayern nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind eines Freistaates Bayern auch dann nicht würdig, wenn diese Personen bei Trägern angestellt sind, bei denen das Geld vom Freistaat kommt. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir diesem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER): Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich der Frau Staatssekretärin das Wort erteile, möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt beantragt hat.

(Unruhe)

Frau Kollegin, Sie haben das Wort. Bitte schön.

(Zurufe von der SPD)

Staatssekretärin Carolina Trautner (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von mir noch einige Worte zu diesem Antrag: Zunächst möchte ich allgemein formulieren, dass die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften in den zurückliegenden Jahren signifikant verbessert wurde.

(Zuruf von der CSU: Genau! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Warum merkt man das an den Schulen nicht?)

Der Kollege Reiß hat das auch schon in seinem Wortbeitrag festgehalten: Entfielen 2006/2007 rechnerisch noch 16,6 Schüler auf eine Vollzeitlehrkraft, so waren das im Schuljahr 2016/17 nur noch 13,8 Schüler. Im Doppelhaushalt 2018 stehen 88.000 Planstellen für Lehrkräfte zur Verfügung, und an den staatlichen Schulen in Bayern waren zum Stand 1. Oktober 2017 lediglich 6,5 % der Lehrkräfte befristet angestellt.

Im Antrag wird die Situation der Grund- und der Mittelschulen thematisiert. Natürlich gab es dort in den letzten Jahren einen Schülerzuwachs, der aber auch dazu führte, dass alle Lehrkräfte, die die Einstellungs Voraussetzungen erfüllten, ein Angebot für eine unbefristete Einstellung erhielten. Ergänzend wurde – auch das wurde schon gesagt – ein Programm zur Zweitqualifikation mit ein-, eineinhalb- oder zweijährigen Maßnahmen angelegt, bei dem den Teilnehmern – und es ist wichtig, das hier noch einmal zu betonen – die Verbeamtung nach erfolgreicher Bewährungsfeststellung zugesagt wurde. Dieses Programm hat 1.300 Teilnehmer.

Sehen wir uns jetzt die Zahlen an: 2012: 988 befristete Stellen in diesem Bereich, 2017: 1.868. Ziehe ich jetzt die 1.300 ab, komme ich auf 568. Das heißt, wenn man diese Stellen herausrechnet, sieht man, dass sich die Zahl der befristeten Stellen in der Tat verringert hat.

Zu den Realschulen muss man sagen: Hier ersetzen Aushilfslehrkräfte ausschließlich befristet abwesende Stammllehrkräfte. Viele dieser Stammllehrkräfte befinden sich derzeit in der Familienphase.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER))

Das heißt, wir haben in diesem Schulbereich einen sehr jungen Lehrkörper, was noch mit der Umstellung auf die sechsjährige Realschule zusammenhängt. Das heißt aber auch: Wenn diese Lehrer, die sich jetzt in der Familienphase befinden, diese abgeschlossen haben und wieder zurückkommen und dann die Zahl der befristeten – –

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER))

– Ich habe vom Gesamtlehrkörper gesprochen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

der dort insgesamt jünger ist. – Wenn sie wieder zurückkommen, dann ändert sich auch die Zahl der Befristungen.

Ich denke, es ist wichtig zu betonen, dass es hier hervorragende Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt. Es ist deshalb aber auch unumgänglich, Aushilfslehrkräfte über einen längeren Zeitraum zu beschäftigen, um – auch das hat Herr Reiß schon gesagt – den Stammllehrkräften ein Rückkehrrecht zu geben. Außerdem ist die Umwandlung eines befristeten Arbeitsverhältnisses in ein unbefristetes nicht so einfach möglich, und wir müssen berücksichtigen, dass durch den augenblicklichen Schülerrückgang in manchen Regionen ein geringerer Bedarf an Lehrkräften besteht. Im Übrigen gibt es auch Ruheständler, die noch ein wenig weiterarbeiten möchten und das noch einige Monate auffangen; auch sie haben befristete Verträge.

Generell gilt es festzuhalten, dass der Einsatz der befristet beschäftigten Lehrkräfte innerhalb der Grenzen der rechtlichen und tariflichen Vorgaben erfolgt. So bleiben die Sommerferien nicht regelmäßig ohne Vergütung, sondern es kommt auf den Umfang des Anspruchs auf bezahlten Urlaub an, wie lange eine Vertretungskraft beschäftigt ist. Eine Entgeltzahlung während der Sommerferien findet statt, wenn die Lehrkräfte spätestens vier Wochen nach dem ersten Schultag eingestellt und bis zum Schuljahresende verwendet werden. – Hier muss ich korrigieren: Das heißt nicht "Mitte Sep-

tember eingestellt", sondern das wäre dann beim Schuljahresbeginn Mitte September erst vier Wochen später. Das trifft auf diese Lehrkräfte zu, und es betrifft rund 70 % der befristet beschäftigten Lehrkräfte, dass sie sich eigentlich in dieser Kategorie befinden und das noch bezahlt bekommen.

Gegen den Vorwurf "gravierende Planungsmängel" verwahre ich mich entschieden. Wie jede Vorausberechnung muss auch die jährlich erstellte Lehrerbedarfsprognose auf Annahmen beruhen, die angesichts der gegenwärtigen Entwicklung plausibel sind, die aber beispielsweise – auch das wurde vom Kollegen Reiß schon angesprochen – durch Verhaltensänderungen bei Eltern, Schülern, Studierenden und Lehrkräften wie auch durch politische Vorgaben oder Veränderungen am Arbeitsmarkt umgestoßen werden können. Insbesondere werden die Entwicklungen von individuellen Entscheidungen der Lehrkräfte, die von der Verwaltung nicht unmittelbar gestaltet werden können, beeinflusst. Beurlaubungen, Wiedereintritte, Teilzeit, Altersteilzeit und Berufsaustritte sind alles Beispiele dafür, dass das Ganze mit Unwägbarkeiten behaftet ist. Das darf jedoch nicht mit Planungsmängeln gleichgesetzt werden.

Insofern ist es uns in meinen Augen gelungen, die Personalzumessung an den Schulen deutlich zu verbessern. Glauben Sie mir: Wir behalten das weiterhin im Blick. Wir wollen die erheblichen Herausforderungen für das bayerische Schulwesen hervorragend meistern und werden deswegen auch in Zukunft ein Auge darauf haben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatssekretärin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen aber nicht unmittelbar zur Abstimmung, weil namentliche Abstimmung beantragt ist, und wir erst 6,3 Minuten erreicht haben. Die Abstimmung wird also nach dem nächsten Tagesordnungspunkt durchgeführt.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung, die zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Befristungsunwesen für Lehrkräfte beenden – Kontinuität für Schülerinnen und Schüler sicherstellen!", Drucksache 17/21540, beantragt wurde. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten, bitte!

(Namentliche Abstimmung von 19.01 bis 19.06 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird dann zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Sitzung fortfahren können. – Darf ich bitten, die Plätze einzunehmen? Wir fahren mit den Dringlichkeitsanträgen fort.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich die gemeinsame Beratung der nächsten beiden Dringlichkeitsanträge aufrufe, gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Befristungsunwesen für Lehrkräfte beenden – Kontinuität für Schülerinnen und Schüler sicherstellen!", Drucksache 17/21540, bekannt: Mit Ja haben 62 gestimmt, mit Nein haben 79 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.04.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Befristungsunwesen für Lehrkräfte beenden - Kontinuität für Schülerinnen und Schüler sicherstellen! (Drucksache 17/21540)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			
Deckwerth Ilona			
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hözl Florian			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	62	79	0